

21.09.2021
159a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

von Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg),

Vorsitzender der Kommission Weltkirche

der Deutschen Bischofskonferenz,

anlässlich des Pressegesprächs zum Thema

„Afghanistan zwischen Hoffnungslosigkeit, Terror und den Taliban – der

Versuch einer friedensethischen Antwort“

am 21. September 2021 in Fulda

zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Mit dem überstürzten Abzug der internationalen Truppen der NATO aus Afghanistan und der schnellen Einnahme Kabuls durch die Taliban kam im August 2021 der längste Auslandseinsatz der Bundeswehr an sein Ende. Uns stehen noch die Bilder von Chaos und Panik am Flughafen von Kabul vor Augen. Die Lage wurde verschärft durch ein Selbstmordattentat des regionalen Ablegers des „Islamischen Staats“, das zahlreiche Todesopfer und Verletzte gefordert hat. Viele Afghanen sahen die einzige Rettung für sich und ihre Familien in einem der Flüge nach Doha oder Taschkent; auch jetzt warten noch viele auf die Ausreise. Eine gründliche Analyse der Ursachen, warum der Einsatz mit so viel Enttäuschung, Panik und Leid endete, steht noch aus. Die US-amerikanische und die europäische Politik müssen sich dieser Aufgabe stellen, auch um zukünftige Einsätze solcher Art besser durchzuführen. Sicherungs- und Verteidigungseinsätze müssen von vornherein als Friedensdienst geplant und durchgeführt werden.

Viele sprechen vom gänzlichen Scheitern des internationalen Engagements. Das ist meines Erachtens zu früh. Aber deutlich ist schon jetzt: Das erklärte Ziel, Afghanistan dauerhaft zu stabilisieren, konnte auch nach 20 Jahren nicht erreicht werden! Es bedarf, wie ich meine, einer differenzierten und balancierteren Bewertung, bevor ein abschließendes Urteil gegeben wird.

Zur Analyse gehört die Feststellung, dass es in all den Jahren des internationalen Engagements immer wieder Kämpfe, Überfälle und Selbstmordanschläge mit hohen Verlusten unter den Soldaten und in der Zivilbevölkerung gab.

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 103 214
Fax +49 (0) 228 103 254
Mail pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz

Demokratische Strukturen haben keine tiefen Wurzeln geschlagen, auch wenn viele sich dies lange erhofft hatten. Es darf aber auch nicht unterschlagen werden, dass eine Generation von Afghaninnen und Afghanen neue Erfahrungen in einer freieren Gesellschaft machen konnte. Mädchen und Jungen konnten vermehrt Schulen besuchen, Männer und Frauen gemeinsam an Universitäten studieren. Ansätze einer lebendigen Zivilgesellschaft sind entstanden. Moderne Medien haben dafür gesorgt, dass viele Menschen Zugang zu Informationen hatten und am Austausch von Meinungen teilhaben konnten. Das Engagement im Bereich der Basisgesundheits führte in einigen Regionen des Landes zu einer beachtlichen Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit.

All das gehört auch zur Bilanz des internationalen Afghanistan-Engagements der zurückliegenden 20 Jahre. Dafür dürfen wir dankbar sein und den Menschen danken, die sich für eine Erneuerung der gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen eingesetzt haben. Dies gilt für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, ebenso für zivilgesellschaftliche Organisationen und nicht zuletzt auch für die kirchlichen Einrichtungen aus Deutschland. Namentlich möchte ich hier Caritas international und Misereor erwähnen, die in vielen Projekten dafür tätig waren, dass die Menschen in Afghanistan Träger ihrer eigenen Entwicklung werden konnten.

Die jüngsten Ereignisse haben diese positive Entwicklung abgebrochen und die afghanische Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Aber viele Menschen reagieren heute anders auf die erneute Machtübernahme durch die Taliban als vor 20 Jahren. Das weckt die vorsichtige Hoffnung, dass die guten Erfahrungen, die Afghaninnen und Afghanen in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht haben, langfristig zu einer neuen demokratischen und gemeinwohlorientierten Gesellschaft beitragen können.

Die Erneuerung Afghanistans durch den militärischen und internationalen polizeilichen Einsatz hat nicht zu dem angestrebten Erfolg geführt. Aber es wurden Freiräume eröffnet, die einzelne Personen und zivilgesellschaftliche Organisationen genutzt haben, die hoffentlich auch vorhanden bleiben und für eine bessere Zukunft Afghanistans langfristig wirken. Dafür möchte ich all denen, die als Polizisten und Soldaten ihren Beitrag dazu geleistet haben, danken. Diejenigen, die in ihrem Einsatz ums Leben gekommen sind oder schwere körperliche und psychische Schäden davongetragen haben, müssen in ehrender Erinnerung bleiben. Auch an die Familien und Angehörigen müssen wir denken und ihnen beistehen.

Es sind in den vergangenen Jahren tiefe Beziehungen zwischen der „westlichen Welt“ und Menschen und Organisationen in Afghanistan aufgebaut worden. Damit haben wir Verantwortung füreinander übernommen. Die Beziehungen wurden nun enttäuscht; durch den Abzug haben wir Menschen im Stich gelassen, die sich eine andere Zukunft für ihr Land gewünscht haben. Es ist notwendig, dass wir uns dieser Verantwortung stellen.

Besonders bedrückend ist, dass viele, die mit der Bundeswehr oder mit internationalen Organisationen zusammengearbeitet haben und deshalb jetzt zu den besonders Gefährdeten gehören, darunter auch Personen mit der Zusage einer Aufnahme in Deutschland, in der Kürze der Zeit nicht evakuiert werden konnten. Es bedarf eines unbürokratischen Verfahrens, um sie so schnell wie möglich nach Deutschland zu bringen. Auch Schutzbedürftige, die bisher nicht auf der Evakuierungsliste standen, etwa weil sie während der Evakuierungsmission nicht in Kabul waren, müssen eine Chance bekommen, sich zu registrieren. Ich weiß um die entsprechenden Bemühungen der Bundesregierung. Sie müssen trotz aller widrigen Umstände mit Nachdruck und Entschlossenheit fortgesetzt werden.

Die schwierige Lage der afghanischen Bevölkerung hat bereits zu Fluchtbewegungen in die Anrainerstaaten geführt und es steht zu befürchten, dass sich in der nahen Zukunft noch viel mehr Menschen auf den Weg machen. Dies zeigt erneut, wie wichtig die Stärkung des Flüchtlingsschutzes weltweit ist. Eine substanzielle Hilfe für die Flüchtlinge in den Nachbarländern Afghanistans ist hier ein wichtiger Schritt und es ist gut, dass Deutschland und die Europäische Union die Zusammenarbeit mit diesen Ländern suchen.

Aber niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass nicht auch Europa vermehrt zum Zielort schutzsuchender Afghanen werden wird. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die von Solidarität und Fairness geprägt ist, bleibt deshalb ein Desiderat, das auch die Kirchen immer wieder anmahnen. Europa darf die außereuropäischen Erstaufnahmestaaten nicht allein lassen und ebenso wenig die Grenzstaaten der EU. Eine angemessene Verantwortungs- und Lastenteilung zwischen den Staaten Europas wird immer dringlicher. Eine „humanitäre Koalition“ zwischen den aufnahmebereiten Staaten ist ein notwendiger erster Schritt in diese Richtung, wenn sich nicht alle 27 EU-Mitgliedstaaten auf eine Lösung verständigen können.

Wir hoffen, dass auch Deutschland zu einer großzügigen Aufnahme von Menschen bereit ist, die wegen ihrer Verbundenheit mit den Werten eines erneuerten Afghanistans gefährdet sind. Solidarität gegenüber Schutzsuchenden bleibt geboten. Sie ist eine menschenrechtliche und allemal eine christliche Verpflichtung.

Niemand weiß, wie sich die Verhältnisse in Afghanistan entwickeln werden. Aber in jedem Fall sollten die Spielräume der Hilfe, die sich der internationalen Gemeinschaft bieten, genutzt werden. Eine grundsätzliche Verweigerung, mit den Taliban zu sprechen und zu verhandeln, ist deshalb kein brauchbarer Ansatz. Die Afghanen haben ein Recht darauf, angesichts der prekären humanitären Notlage, die sich sogar zu einer Hungerkatastrophe ausweiten könnte, nicht allein gelassen zu werden. So viel kann gesagt werden: Auch den kirchlichen Organisationen sind enge Grenzen gesetzt. Aber sie stehen bereit, alles ihnen Mögliche zu tun.